

---

Ulrich Albrecht

## Solidarität gegen den Terrorismus

---



*Prof. Dr. Ulrich Albrecht, geb. 1941 in Leipzig, Studium der Luftfahrttechnik, der Politik- und der Wirtschaftswissenschaft, war wiss. Mitarbeiter am Institut für Sozialökonomie der Universität Stuttgart und an der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler in Hamburg und lehrt seit 1972 Friedens- und Konfliktforschung am Institut für Internationale Politik und Regionalstudien der FU Berlin.*

---

Gerhard Schröder hat die Wahl auch wegen seiner eindeutigen Ablehnung eines Irak-Krieges gewonnen. Im Regierungsalltag wird der Kanzler nicht von dieser Position abweichen und etwa ein laues Zugeständnis Richtung Washington machen können. Das würden ihm die Wähler langfristig nicht verzeihen. Damit ist auch die Politologenweisheit widerlegt, dass außenpolitische Themen keine Wahlen entscheiden. Anlass zum Umkippen könnte eine so genannte „europäische Lösung“ sein, eine von England und Frankreich besonders gebildete Zustimmung zu den Kriegsplänen von Bush. Nun ist es durchaus wünschenswert, dass die EU nicht nur ein großer Marktverbund für Agrargüter bleibt und ein Außenwirtschaftsregime, sondern auch in der Außenpolitik deutlich Stellung bezieht. Das Vorhaben einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist eine Schimäre geblieben.

Auf dem EU-Gipfel in Helsinki ist zwar die Aufstellung einer europäischen Eingreiftruppe von Polizisten beschlossen worden. Dieser Schritt signalisiert den Willen zum politischen Handeln, ist aber noch nicht solches selber. Es bleibt die große Frage, ob die Antwort der europäischen Union auf die größten sicherheitspolitischen Herausforderungen, den Terrorismus sowie den anhaltenden Nahostkonflikt, Repression sein wird, oder aber, ob es intelligente zivilere Konzepte gibt.

Die Haltung der Mitgliedsländer etwa zur Nahostproblematik dürfte sich wenig unterscheiden, die Ablehnung von Krieg fällt in Belgien kaum wesentlich anders aus als in Deutschland. Eine tragfähige europäische Antwort wäre die für die Bevölkerung mehrheitsfähige Ablehnung der Lösung von politischen Fragen durch militärische Gewalt, hier einen neuen Nahostkrieg. Sicher geht es um politische Solidarität gegen den Terrorismus, den Amerika bisher schmerzhafter zu spüren bekommen hat als die Europäer. Europäer waren durch Terrorismus allenfalls an ihren Urlaubsorten in Tunesien oder Afrika gefährdet. Fundamentalistischer Radikalismus, ob religiös verbrämt oder nicht, hat keinen Platz in Europa und widerspricht der Idee vom politischen Europa überhaupt und steht in tiefem Gegensatz zu den Leitwerten, die die Amerikaner aus der europäischen Tradition übernom-

men haben. So ist vorstellbar, dass der alte Internationalismus der klassischen Arbeiterbewegung einmal mehr zu einer gemeinsamen Position führt, zur Absage gegen Krieg, für die es in der Geschichte herausragende und bewegende Zeugnisse gibt.

Von Europa aus ist deutlich zu fragen nach den nichtgenannten Nebenzielen, die die amerikanische Politik mit einem möglichen neuen Nahost-Krieg verfolgt. Es geht der Regierung Bush um die politische Kontrolle des Nahen Ostens und seiner Ölreserven. Hier haben auch die Europäer Interessen, es ist aber vorstellbar, dass in Bezug auf die Energiepolitik umfassend grundsätzlich neue Wege beschritten werden. Eine kooperative Energiepolitik würde alternative Energieträger zu nutzen suchen und besonders an der ökologischen Verträglichkeit solcher Konzepte interessiert sein. Die Ressource Sonnenenergie ist im Nahen Osten bei weitem nicht gebührend genutzt, auf diesem Wege würden alle nahöstlichen Staaten enorme technische und finanzielle Hilfe vom „Westen“ bekommen müssen. Auch durch eine engagierte Politik in dieser Richtung würde dem Terrorismus der Nährboden langsam entzogen.